



Bild: Kurt Peter

Das Thurgauer Komitee gegen die Minder-Initiative präsentierte seine Argumente: Roland Eberle, Christian Lohr, Hermann Bürgi, Verena Herzog, Daniel Wittwer, Pascal Bertschinger, Linda Brunner, Peter Schütz, Bruno Schlauri und Peter Maag.

«Mehrwert statt Minderwert»

Dass bei der Abstimmung um die Minder-Initiative viele Emotionen im Spiel sind, bezeichnen die Gegner als gefährlich. Das Thurgauer Komitee fordert deshalb eine sachliche Diskussion.

KURT PETER

WEINFELDEN. In einem Punkt waren sich alle einig: Die Initiative von Ständerat Thomas Minder gegen die Abzockerei nimmt ein wichtiges Thema auf. Damit sind die Gemeinsamkeiten des Thur-

**3. März
ABSTIMMUNG
Abzocker-Initiative**

gauer Komitees gegen die Minder-Initiative und der Vorlage vom 3. März bereits erschöpft. Das kam an der Medienkonferenz vom letzten Freitag in Weinfelden deutlich zur Sprache.

«Sehr emotionale Stimmung»

Hermann Bürgi, der als damaliger Ständerat und Präsident der Rechtskommission an der Erarbeitung des indirekten Gegenvorschlags beteiligt war, sprach von einer sehr emotionalen Stim-

mung, die gefährlich sei. Die Minder-Initiative wolle ein Problem auf Verfassungsebene lösen, das ins Aktienrecht gehöre. Die sinnvolle und zweckmässige Alternative liege mit dem indirekten Gegenvorschlag auf dem Tisch: «Die Grundlagen der Initiative werden berücksichtigt, das Aktienrecht wird gestärkt.» Für Bürgi ist es unverständlich, warum Thomas Minder seine Initiative nicht zurückgezogen hat.

Präziser Gegenvorschlag

«Vielleicht will Minder das politische Thema weiter bewirtschaften», vermutete Ständerat Roland Eberle. Er sprach sich gegen die Initiative aus, weil diese seiner Meinung nach die angesprochenen Punkte nicht korrigiert. Der indirekte Gegenvorschlag hingegen wirke präziser und trete bereits 2014 in Kraft, wenn die Minder-Initiative abgelehnt werde. Unsicher hingegen sei, wann die

Vorlage in Kraft treten könne, wenn diese nach einer Annahme im Parlament umgesetzt werden müsse.

Gegenvorschlag flexibler

Roland Eberle kritisierte unpraktikable Punkte in der Initiative. So sei es unmöglich, bei international tätigen Konzernen die Suche nach einem neuen CEO effizient durchzuführen, weil eine Generalversammlung einer geeigneten Person zuerst zustimmen müsse. Auch Nationalrat Christian Lohr sprach sich für den flexibleren Gegenvorschlag aus. Dieser stärke die Rechte der Aktionäre und biete «Mehrwert statt Minderwert».

Keine «skurrilen Alleingänge»

Aus Sicht der Pensionskassen wolle die Initiative zu viele undurchführbare Reglemente umsetzen und lasse zu viele Fragen offen. Die von Minder geforderte

Abstimmungspflicht übersteige die Kapazität vieler Pensionskassen, meinte Nationalrätin Verena Herzog und die nachträgliche Offenlegung des Stimmverhaltens bezeichnete sie als Ochsentour. Die Industrie- und Handelskammer Thurgau spricht sich nach Angaben von Direktor Peter Maag deutlich gegen die Initiative aus: «Skurrile Alleingänge setzen Arbeitsplätze aufs Spiel.»

Ausbildungsplätze gefährdet

Weil das Volk mit der Initiative nun abrechnen wolle, gehe die Komplexität der Materie vergessen, mahnte EDU-Präsident Daniel Wittwer. Bei einem Ja zur Vorlage habe die Schweiz das härteste Arbeitsgesetz der Welt, erklärte Linda Brunner, Präsidentin der Jungen FDP. Da gerade internationale Konzerne attraktive Ausbildungsplätze zur Verfügung stellten, seien diese durch die Minder-Initiative gefährdet.